

Beschluss des Landrates vom 22.03.2018

Nr. 1975

48. Bildungsqualität statt Abbau: Zweckverbund Schulinformatik an der Primarschule 2017/371; Protokoll: mko

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat ablehne. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Nachdem zuvor über die Handschrift geredet wurde, so **Miriam Locher** (SP), geht es nun um die Digitalisierung. In ihrem Postulat wird gefordert, dass der Regierungsrat die Schaffung von Anreizen oder Grundlagen prüft, damit die Gemeinden sich bei der Schulinformatik an den Primarschulen zu Zweckverbänden zusammenschliessen können. Sie ist sich bewusst, dass der Bereich letztlich in die Hoheit der Gemeinde fällt. Allerdings hat der Regierungsrat auch Kenntnis davon, wie in der Antwort zu lesen war, dass aus den Primar- und Musikschulen immer wieder Anfragen zu IT-Themen an die BKSD gelangen, weil viele dieser Anliegen in einer einzelnen Schule nicht zufriedenstellend angegangen werden können. In der Antwort heisst es, dass sich eine Kooperation durchaus anbieten würde.

Im Postulat geht es um eine Prüfung der Förderung einer solchen Kooperation, damit letztlich alle davon profitieren können: Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen, Schulen, Gemeinden und der Kanton.

Paul Wenger (SVP) gibt bekannt, dass die SVP-Fraktion den Vorstoss ablehnen und der Regierung folgen werde. Selbstverständlich hat der Regierungsrat Kenntnis, dass an Primarschulen eine Unterstützung gewünscht wird, und selbstverständlich berät der Stab der BKSD entsprechende Schulen bei der Initialisierung und unterstützt sie mindestens bedingt. Der Regierungsrat formuliert in seiner Antwort aber ganz klar, dass die kommunalen Schulträger zuständig sind und deshalb das Problem kommunal oder interkommunal zu lösen sei.

Pascal Ryf (CVP) sagt, dass die CVP/BDP-Fraktion den Vorstoss ebenfalls ablehnen werde. Einerseits ist es in der Autonomie der Gemeinden, dies zu entscheiden. Auf der anderen Seite gibt es die Möglichkeit bereits, sich in den Regionen zusammenzuschliessen, sei es in den Schulkreisen oder in den Nachbargemeinden. Zum anderen bietet der Kanton bereits Unterstützung bei IT-Fragen an. Dafür braucht es kein Postulat.

Heinz Lerf (FDP) wird namens seiner Fraktion das Postulat ebenfalls ablehnen. Die Stellungnahme der Regierung ist schlüssig. Es steht dort, dass es eine Sache der Gemeinden ist, sich zu organisieren.

Florence Brenzikofer (Grüne) sagt, dass auch die Grüne/EVP-Fraktion die Überweisung ablehnen werde.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) weist darauf, dass Miriam Locher einiges aus der Begründung des Regierungsrats zitiert, jedoch den letzten Satz ausgelassen habe: Dass es sich hier nämlich um eine Aufgabe handle, für die die kommunalen Schulträger zuständig sind. In diesem Kontext lehnt der Regierungsrat den Vorstoss ab.

://: Das Postulat wird mit 58:17 Stimmen abgelehnt.
